

THE BUSY BEAVER

nr 4/ juni 73/—,50 dm



inhalt:

Seite 2:	Verfaßte Studentenschaft
" 5:	Nachbesprechungen WS 72/73
" 6:	Prüfungsordnung Informatik
" 8:	Lehrveranstaltungen WS 73/74
" 9:	1. KIF
" 12:	Island
" 15:	vds-MV
" 17:	Demonstrationsverbote
" 19:	Lebenshilfen
" 20:	Impressum

Staat Nustration-

STERILISATION

Die Fachschaft Informatik versteht sich als politische Fachschaft. Sie will nicht nur Handlanger der Uni-Bürokratie oder des Wissenschaftsministers sein sondern sie sieht sich innerhalb der politischen Sphäre als ein Faktor.

Konkret drückt sich das in der notwendigen Arbeit aus, die sich natürlich hauptsächlich im Hochschulbereich abspielt. Es ist aber auch unbedingt notwendig, den allgemeinen politischen Bereich mit einzubeziehen.

- Berlin: L ö f f l e r versucht eine neue Prüfungsordnung durchzusetzen. 30 000 Studenten streiken. In dieser PO soll die freie Wahl von Prüfungen und Themen und die Paritäten der Prüfungskommission zu gunsten des staatlichen Prüfungsamtes eingeschränkt werden.

- Schleswig-Holstein: Durch eine neue PO, die an den Fachhochschulen schon ein Teil der Hochschulreform darstellt, sollten die Fachhochschulstudenten, genauso wie in Berlin, ihre fortschrittliche PO verlieren. Bei einem Warnstreik solidarisierten sich mit den FHS-Studenten fast alle andern Hochschulen. Über 11 000 Studenten, Schüler und Assistenten demonstrierten in Kiel gegen die scheinweise Durchsetzung des bevorstehenden Landeshochschulgesetzes, wobei hier die PO der FHS den Anfang bilden. Die aufkommende Massenbewegung versuchte das Kultusministerium, Rektorat und Justiz und Verunglimpfung und Kriminalisierung (25 Strafverfahren gegen den Asta) einzuschüchtern und zu isolieren. Dies zeigt ein Zeitungsausschnitt aus der FR deutlich.

Studenten streiken

11 KIEL, 21. Mai. Wegen Hochschulrechtsänderungen begannen in einem Klassenzimmer der Kieler Universität, mit dem Rektor Amtsvorgänger des 1977igen Studenten Viebrock in einer Geldstrafe von 200 Mark erkrankt. Rechtsanwalt Koch, der für seinen Mandanten den Hausfriedensbruch bestritt und Freispruch forderte, kündigte sofort Berufung an.

Am 21. Juni letzten Jahres vorzeitigem Studenten bei einer Vorlesung des Historikers Professor Erdmann, über das damals noch in Vorbereitung befindliche Landeshochschulgesetz zu diskutieren. Viebrock stand, so ergab es die Beweisaufnahme, mit einem Kommilitonen abseits einer Störgruppe am Ende einer Sitzreihe. Dieser Student war dem Professor bekannt, der ihn aufforderte Platz zu nehmen oder den Raum zu verlassen. Erdmann sagte vor Gericht unter Eid aus, daß er den Studenten nicht nur namentlich aufforderte, sondern das auch durch weitere, an ihn gerichtete Gesten bekräftigt habe. Zwei wissenschaftliche Assistenten und andere Zeugen bezeugten nur die einmalige namentliche Aufforderung. FR 26573

- München: 20 000 Studenten demonstrieren gegen das bayrische Hochschulrahmengesetz. Es sieht die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft (VS) und ihr Ersatz durch den Rat der studentischen Gremienvertreter, die Verschärfung des Ordnungsrechts, absolute Möglichkeiten für die Professoren in den Gremien (s. letztes Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Problematik der paritätischen Gremienbesetzung, die Professoren sollen dort die Mehrheit der Stimmen erhalten) der Universität und die Möglichkeit unbegrenzter Staatseingriffe vor. Wie weit sich eine Reglementierung fortsetzt, zeigt eine Zeitungsnachricht aus der WR 12.9.72:

Stipendien werden zurückgefordert

München. (dpa) Die Fachoberschüler der Ausbildungsrichtung Sozialwesen in Bayern, die im April auf Protest gegen fehlende Studienplätze an den Fachhochschulen gestreikt haben, müssen die für den Zeitraum des Streiks erhaltenen Stipendien zurückzahlen.

WR 21.9.72

Das bedeutet, Studenten und Schüler, die abhängig vom Bafög sind, können sich nicht an Streiks beteiligen, welche über einen längeren Zeitraum gehen. Sie werden gezwungen opportunistisch gegenüber dem Staatsapparat zu sein. Die gleichen Zwangsmittel wurden auch schon in Kiel angewandt.

Heidelberg: Alles das ist schon in Heidelberg geprobt worden. Polizeihundert-schaften, Ordnungsverfahren in rauen Mengen, Gefängnisstrafen bis zu einem halben Jahr mit und ohne Bewährung, ein Krisenstab aus Uni- und Kultusbürokratie und Polizeibehörden, inneruniversitärer Ordnungsdienst, Vollversammlungs-, Diskussions- und Veranstaltungsverbote stellten das Geschehen für Wochen dar. Alle diese Reaktionen konnten aber eine Demonstration mit über 5000 Studenten und einen Streik mit nahezu 100% Beteiligung nicht verhindern.

Die hier aufgeführten Beispiele zeigen exemplarisch die Kernstücke der "Hochschulreform". Wie weit sie der Anforderung nachkommt, im Dienste der Auszubildenden und der Gesellschaft zu sein, ist fraglich. Denn soll die Demokratie an den Pforten der Universitäten aufhören?

Um eine breite Information zu bieten, ist es unbedingt nötig, in den VS allgemeine politische Aussagen machen zu können. Denn die Hochschule liegt nicht als Freiraum in unserer Gesellschaft sondern ist direkt verbunden mit und ihrer Herrschaftsstruktur.

Daß dies auf 11 beruht bei den Machthabern stößt, läßt sich durch die Abschaffung der VS belegen, die solange uneingeschränkt arbeiten konnten, wie ihre politischen Stellungnahmen bequem waren.

"Es wurde mit zweierlei Maß gemessen: Sammlungen für DDR Studenten wurden genehmigt, so wie für algerische Studenten verboten (FU-Berlin); der Asta der Uni Köln erhielt 1960 vom Rektor ein Verweis, weil das Auslandsreferat der Studentenschaft eine Demonstration gegen die Festtrennungspolitik der südafrikanischen Republik organisiert hatte."

Als nun die Aussagen der Fachschaften und Asten immer konkreter wurden und ihre politischen Stellungen immer fester, waren die Reaktionen der Staatsbürokratie die Verbote der VS.

1969 verabschiedete der Berliner Senat das Berliner Hochschulgesetz, das die VS nicht mehr vorsieht. Der "Erfolg" blieb aus. Durch die daraus entstehende notwendige Diskussion politisierte sich die die Studentenschaft, sodaß es zu einer starken Selbstorganisation führte. Die "Schwäche" ist im bayrischen HSG beseitigt. Hier existiert die VS mit sehr genauer Aufgabenstellung:

1. Die VS wird stärker an die Gremien gebunden (formal stärker als in NW). Die bayrischen Sprecher sind keine demokratisch gewählten Vertreter der studentischen Basis, sondern Sprecher der Gremienfraktion, völlig isoliert von der Basis.

2. Die VS wird formal aufrecht erhalten, allerdings als politisch wirkungsloser, rein hochschulpolitisch organisierter, pfändischer Verband.

Im Herbst 1972 sah die Situation in NW folgendermaßen aus. Man wollte die Studenten als körperrechtliche Organisation nicht auflösen, sondern organisierte sie in einer Weise, die sie als Kampfinstrument unbrauchbar machen sollte, statt Kastration Sterilisation.

Die FVV als oberstes beschlußfähiges Gremium fehlte vollständig.

Das politische Mandat beschränkte sich auf die Hochschule.

Und die Beitragshoheit sollte durch eine projektgebundene Finanzierung der Studentenschaften geschehen. Damit wären sie abhängig vom Wohle des Ministeriums.

Am 25.4.73 gingen dann folgende Zeitungsmeldungen durch die Presse:

**Rau will die verfaßte
Studentenschaft im
Gesetz verankern**

DUSSELDORF (dpa)

Ein klares Votum für die verfaßte Studentenschaft mit eigener Satzung und voller Beitragshoheit an den wissenschaftlichen und Gesamthochschulen hat NRW-Wissenschaftsminister Johannes Rau abgelegt. Nachdem diese Haltung des Ministers wiederholt vor allem von Studentenseite in Zweifel gezogen worden war, kündigte Rau in Düsseldorf eine entsprechende Regelung im Entwurf des Studentenwerk-Gesetzes an, das dem Landtag Ende Mai zugeleitet werden soll. Der Minister unterstrich, mit der verfaßten Studentenschaft könnten die Jungakademiker ihre sozialen, wirtschaftlichen und hochschulpolitischen Interessen besser vertreten, als das mit der bisherigen gesetzlichen Regelung möglich gewesen sei. Zugleich erhielten Hochschule und Staat legitimierte studentische Gesprächspartner.

WAZ 25.4.73

Diese Eingriffe der Kultusbürokratie entlarven endgültig die Illusion einer "schrittweisen Demokratisierung der Hochschule" durch die Erarbeitung einer "fortschrittlichen" Unisatzung und zeigen die Notwendigkeit, aktiv in den Kampf für demokratische Rechte einzutreten.

Deshalb gelten unsere Forderungen immer noch:

FÜR DIE ERHALTUNG DER VERFAßTEN STUDENTENSCHAFT MIT VOLLEM POLITISCHEN MANDAT !

VON DEN STUDENTEN DEMOKRATISCH GEWÄHLTE VERTRETER, DIE IHNEN UNMITTELBAR RECHENSCHAFTS PFLICHTIG SIND !

STUDENTENPARLAMENTE UND ASTEN? DIE IM INTERESSE DER STUDENTEN HANDELN UND VON IHNEN FINANZIELL GETRAGEN WERDEN!

Während sich Rau hier für die VS mit Finanz- und Satzungshoheit ausspricht, liquidiert er kurzerhand das allgemeine politische Mandat der Studentenschaft. Per Erlaß wird die Sozialbeitragsordnung geändert und bestimmt, daß die Beiträge nur zur "Durchführung der sozialen Aufgaben" verwendet werden dürfen. Um die Einhaltung dieser Vorschrift kontrollieren zu können, sollen die Ausgaben verschärft durch den Staat kontrolliert werden. Beiträge sind an die Hochschule zu zahlen, "die die Zweckbestimmung an die Bedarfsträger weiterleitet". Die Universitätsverwaltung kontrolliert also die "rechtmäßige" Verwendung der Gelder, die verweigert werden, wenn die Studentenschaft konsequent das allgemeinpolitische Mandat wahrnehmen sollte.

Das bedeutet verschärfte Staatsaufsicht und Abbau der demokratischen Rechte der Studenten.



betrifft:

Nachbesprechungen WS 72/73

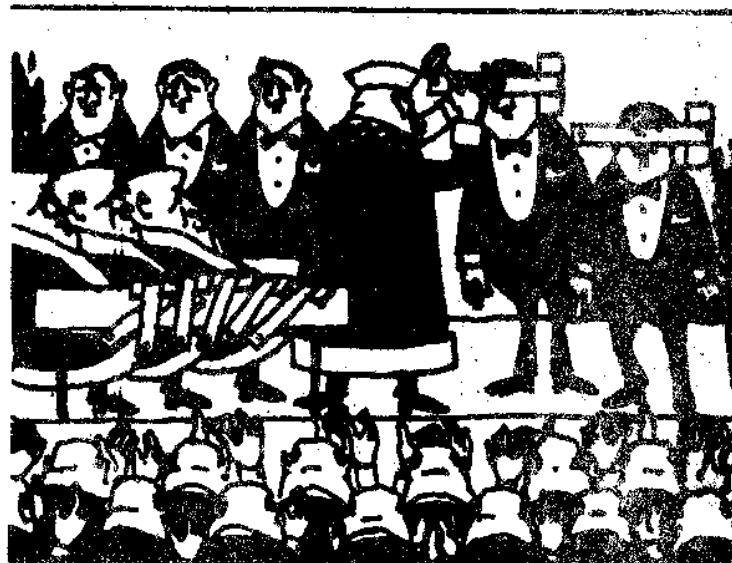
Im BB Nr. 3 erschienen einige Nachbesprechungen von Vorlesungen und Übungen. Sie versuchten, anhand einiger nicht näher inhaltlich bestimmter Kriterien eine möglichst umfassende Einschätzung zu geben. Notwendig ist dies allemal, da bei vielen Studenten eine berechnete Kritik oft nur im Stadium des Motzens stecken bleibt und die Wahl von Vorlesungssprechern als Ergebnis auch nur die leere Menge hatte.

Abgesehen von dem Fehler, daß die Beurteilungskriterien nicht näher inhaltlich bestimmt waren - bzw. nicht veröffentlicht wurden - litt das ganze Vorhaben an dem Mangel, nicht das Ergebnis einer breiten empirischen Untersuchung zu sein. Abgesehen von den sich daraus ergebenden Fehleinschätzungen ergab sich dadurch die Möglichkeit, berechnete Kritikpunkte allzu leicht als nicht repräsentativ und subjektivistisch abzutun.

Wir werden bei der nächsten Vorlesungskritik versuchen, die aufgetretenen Fehler zu vermeiden.

P.S. Ein Gespräch mit Herrn Richter, das aufgrund der "Nachbesprechung" von ihm angeregt worden war, endete recht positiv. Er gab seine Zusage, den Schwierigkeiten, die sich einmal aus der "Aufbausituation" der Abteilung Informatik ergeben und zum

anderen in der besonderen Problematik des behandelten Stoffes liegen - eben noch keine zusammenhängende Theorie zu sein - in der Gestalt zu begegnen, in Zukunft wieder ein ausführliches Skript, bzw. Ergänzung zur Vorlesung, zur Verfügung zu stellen. Außerdem soll aufgrund der positiven Erfahrungen mit den Arbeitsgruppen, in denen der Lösungsweg der Übungsaufgaben gemeinsam diskutiert und erarbeitet werden soll, daß allgemeine Plenum zugunsten der Arbeitsgruppen um eine Stunde verkürzt werden.



Diplomverleihung

Zur Prüfungsordnung Informatik

Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen sah sich gezwungen, ein Schreiben an die Universität Dortmund zu richten, in dem er seine Vorstellungen zu einer Diplom-Prüfungsordnung für Informatik äußert. Seine "Anregungen" enthalten Empfehlungen wie

'Die studentischen Mitglieder können nicht bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen mitwirken.' Die Konsequenz aus seinen Vorstellungen von einer Prüfungsordnung stellt die 'Rahmenordnung für die Diplomprüfung in Informatik' dar. Sie sieht vor:

Erhöhung der Anzahl der Prüfungsfächer (2 Mathematikprüfungen und eine in Elektrotechnik),
Möglichkeit von Klausuren,
Mathematikprüfung auch im Hauptdiplom.

Damit wird ein neuer Schritt gegen das allgemeine Interesse der Studenten durchzusetzen versucht: nicht Abbau, sondern Verschärfung des Leistungsdrucks ist die Konsequenz einer lehrer-tigen Rahmenordnung.

So eine Regelung ist natürlich kein Zufall oder böse Absicht eines einzelnen Herrn, etwa des WiMi. Sie ist im Gegenteil der Versuch, die Schritte zur Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen, die woanders schon unternommen worden sind, nun hier nachzuholen.

Was für ein Interesse aber hat das Ministerium daran, so etwas zu machen? Wissen die zuständigen Herren nicht, daß die Studenten schon genug zu tun haben, oder sind sie so gemein???

Oder noch. Die Verschärfung der Prüfungsbedingungen folgt exakt einem Plan. Sie geht Hand in Hand mit anderen Versuchen, die 'Unruhe' an den Hochschulen unter Kontrolle, unter staatliche Kontrolle, zu bekommen, Versuchen die Studenten weiter politisch zu disziplinieren.

Denn ein Student, der durch solche Prüfungsordnungen, wie sie dem Ministerium, damit dem Staat, vorschweben, die Ausfüllung seiner Studienzeit vorgeschrieben bekommt, hat selbstverständlich keine Gelegenheit, sich politisch zu engagieren. In Zusammenhang mit der geplanten Einführung der Kurzstudien soll versucht, das Studium immer mehr zu straffen, zu intensivieren.

Das garantiert maximale Verwertbarkeit bei minimalen Kosten und minimalem Aufgehören der Studenten.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Aktion des Staates interessant, ein Brief des Bundestages nämlich an sämtliche Rektoren, der von diesen an die Dekane weitergeleitet wurde. Es handelte sich dabei um einen Fragebogen, der explizit erkunden sollte, wie die Herren Rektoren denn nun die Hochschulgesetzgebung gern hätten, konkretisiert an Fragen nach Ordnungsrecht, Prüfungs- und Studienbedingungen usw. Die vielen Komplikationen vielleicht noch unklare Verbindung von fachlicher Disziplinierung (Prüfungsverschärfungen) und politischer (Ordnungsrecht) wurde hier deutlich ausgesprochen:

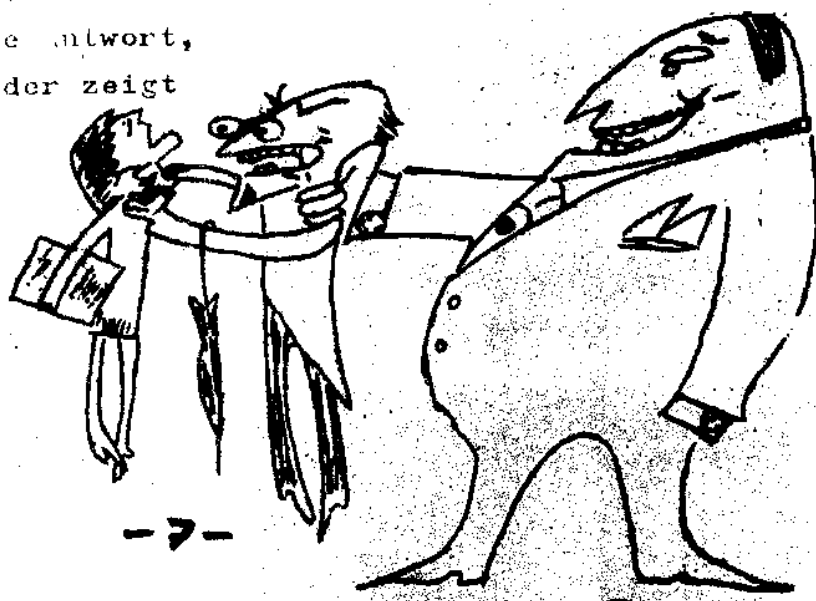
"Bestehen insbesondere Zusammenhänge zwischen Verschlechterung der Prüfungsleistungen und politischem Radikalismus?"

Wer so fragt, kennt die Antwort, die er bekommen will, der zeigt klar seine Intention:

Durch Verschärfung des Leistungsdrucks die "Unruhe" an den Hochschulen beseitigen, indem man die "Unruhestifter" beschäftigt. Die Westdeutsche Konferenz hat sich entschlossen, diesen Fragebogen nicht zu beantworten. Er war offensichtlich zu plump, zu entwürdend für die hochschulischen Inhalte der reaktionären Hochschulreform.

Die Frage, die wir uns dabei zu stellen haben ist die: Wollen wir derartige Disziplinierungsversuche widerstandslos hinnehmen oder werden wir uns dagegen zur Wehr setzen? Wir meinen, daß wir uns wehren müssen. Aus diesem Grund findet am Dienstag, den 19. Juni, 17 Uhr 30 im großen Hörsaal eine Fachschaftsvollversammlung statt, auf der das Thema Prüfungsordnung diskutiert wird.

KOMMT ALLE ZUR
FVV AM 19. JUNI!!!



Lehrveranstaltungen der Abteilung für Informatik
im WS 1973/74

Nummer	Veranstaltung	Stundenzahl	Dozent
101	Rechnerstruktur	4	Richter
102	Übungen	2	Richter
103	Rechnerkurs	2	Gurack
104	Rekursive Funktionen	4	Reusch
105	Übungen	2	Merzenich
106	Programmiersprachen und Übersetzer	4	Claus
107	Übungen	2	N. N.
111	Projektgruppen über Schach	6	Huwig
112	Projektgruppen über Mikroprogrammierung	6	Zeyn
113	Pro-Seminar	2	Richter Gurack
114	Seminar über Programm- schemata	2	Poigné
115	Seminar über Schaltwerk- und Automatentheorie	2	Riedemann
116	~~Seminar~~ Seminar über Petri- netze	2	Reusch Zeyn
117	Seminar für Lehrer	2	Abt. f. Inf.
118	Dialogsprachen	2	N. N.
119	Kolloquium Informatik	2	Abt. f. Inf.

* vorläufig

1. KIF

ERSTE
KONFERENZ DER
INFORMATIK-
FACHSCHAFTEN
DER BRD UND
WESTBERLINS

UNIVERSITÄT DORTMUND

5. / 6. MAI 1973

Am 5./6. Mai trafen sich in Dortmund zum ersten Mal die Informatik-Fachschaften der BRD und Westberlins, um gemeinsame Probleme zu diskutieren. Der Beginn der Veranstaltung stand allerdings unter dem Einfluß der Ereignisse am 1. Mai, als Demonstrationen aus politischen Gründen verboten und spontane Protestkundgebungen gegen diese Verbote brutal zerschlagen worden waren. Eine entsprechende Protestresolution wurde von den Teilnehmern der Konferenz ohne Gegenstimmen verabschiedet.

Die Hauptarbeit fand in Kleingruppen statt. Hier wurden universitäts-spezifische Informationen ausgetauscht (politische Zusammensetzung des ASTa und der FS, Unistruktur usw) und dann inhaltliche und methodische Fragen der (politischen) Fachschaftsarbeit diskutiert. Dabei einigte man sich rasch auf eine inhaltliche Hauptabsicht: Ziel der Fachschaftsarbeit soll es sein, die Relationen zwischen dem betreffenden Fach und der Gesellschaft aufzuzeigen. Aufgabe einer Informatik-Fachschaft muß es also sein, die ge-

gesellschaftlichen Ursachen und die gesellschaftlichen Auswirkungen der Informatik so breit wie möglich zu vermitteln.

In diesem Konzept hat der (ebenfalls notwendige) Kampf für die Verbesserung des Studiums keine eigenständige Rolle, sondern dient hauptsächlich dazu, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich Studenten überhaupt um die gesellschaftlichen Implikationen ihres Faches kümmern können. Diese notwendige Verbesserung des Studiums wird aber, darüber war sich die Mehrzahl der Anwesenden einig, nicht dadurch erreicht, daß man sich in die Arbeit in den Universitätsgremien stürzt und dort versucht, eigene Vorstellungen z.B. hinsichtlich einer Prüfungsordnung zu realisieren oder irgendwelche Kompromisse mit den Profs auszuhandeln, denn diese Ergebnisse werden - falls sie überhaupt fortschrittlich sind - von der Kultusbürokratie wieder zunichte gemacht, das hat die Erfahrung mit einigen sehr positiven Ansätzen gezeigt (z.B. Berlin). Versuche, das Studium zu verbessern, können nur

dann Erfolg haben, wenn die Studenten bereit sind für ihre Interessen mit den Waffen, die sie zur Verfügung haben (Streik, Vorlesungsboykott usw) zu kämpfen, und diese Kämpfe sollten auch von den sich als politisch verstehenden FS getragen werden, solange die studentischen Interessen keine ständischen sind, d.h. Privilegien einer Minderheit gegen die Mehrheit des Volkes ausbauen wollen.

Für die Methodik der Erarbeitung und Vermittlung des Zusammenhangs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft konnten ebenfalls einige Fachschaften ein schon erprobtes Konzept vorlegen. Es sieht vor, daß studentische Arbeitsgruppen zu entsprechenden Teilgebieten des Themas eingerichtet werden, daß aber die Ergebnisse der dort geleisteten Arbeit wieder durch Infos und durch mündliche Information in den Vorlesungen in die Masse der Studenten hineingetragen werden, da nicht

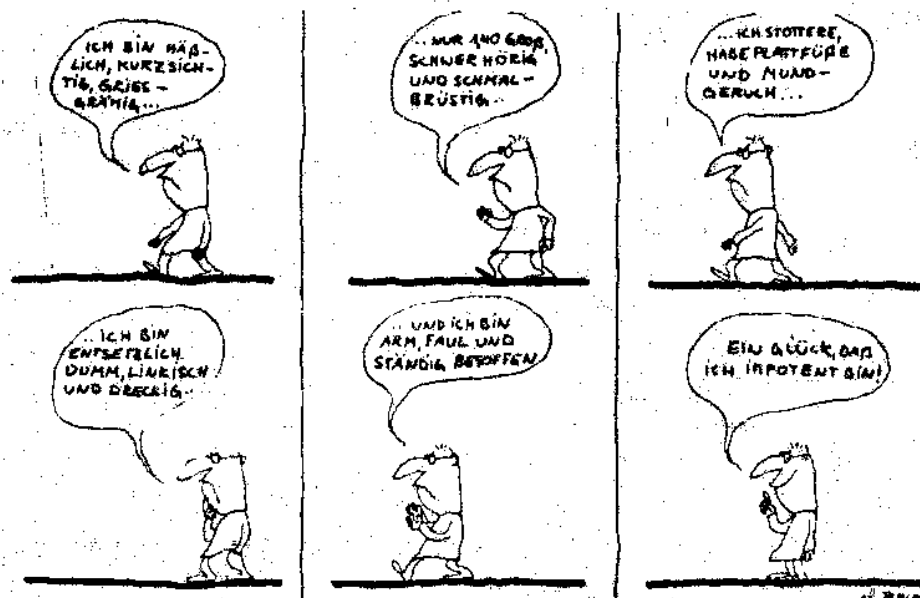
alle Studenten bereit sein werden, in AGs mitzuarbeiten.

Eines der Ergebnisse der KIF war es somit, daß sich offensichtlich alle anwesenden Fachschaften als politische Fachschaften verstanden, daß sie sich nicht als 'soziale und kulturelle Interessenvertretung' verstanden oder ihre Tätigkeit auf die 'Mitwirkung an der Selbstverwaltung' beschränkten, sondern ihre Aufgabe darin sahen, auch über den Rahmen des nur hochschulpolitischen hinaus, politisch aktiv zu werden.

Den organisatorischen Abschluß der KIF bildete die Einrichtung von drei Informationszentralen:

1. zum Thema 'Studium' in Hamburg
2. zum Thema 'Informatik und Gesellschaft' in Berlin und
3. für politische Informationen in Dortmund.

Die KIF soll von jetzt an jährlich stattfinden. Tagungsort der nächsten wird voraussichtlich Berlin sein.



Will kommen, Leonid Breschnew?

Warum drucken wir diesen Artikel, der der Nr. 11 der WAHRHEIT, der Zeitung des Kommunistischen Bundes Bremen (KBB), vom Dezember 1972 entnommen ist, hier ab?

Abgesehen von der Aktualität, die der "Kabeljaukrieg" in den letzten Wochen durch die fortdauernden Provokationen britischer und westdeutschen Fischereiflotten in isländischen Hoheitsgewässern erlangt hat, war dieses Problem Diskussionspunkt auf der letzten SVV.

Der MSB-Spartakus hatte versucht, von der Studentenschaft ein "Begrüßungstelegramm" zum Besuch von Breschnew zu verabschieden lassen. In dem Telegramm wird ausgeführt, daß die westdeutschen Imperialisten aufgrund der "konsequenten Friedenspolitik" der "sozialistischen Länder" mit der UdSSR an der Spitze gezwungen seien, sich mit diesen an einen Tisch zu setzen und zu verhandeln. Einige Genossen von der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) versuchten daraufhin klarzustellen, daß dieser beschriebene Tatbestand keineswegs zutreffe. Sie stellten die Frage, ob denn etwa die militärische Unterstützung der indischen Aggression in Ostpakistan, die Sabotage des gerechten Kampfes des Palästinensischen Volkes und die Unterstützung der britischen und west-

deutschen Imperialisten in der Frage der Erweiterung der Hoheitsgewässer Islands zur Sicherung seiner Lebensinteressen etwas mit "Friedenspolitik" zu tun hätte, und ob diese Beispiele nicht eindeutig zeigen würden, daß die sowjetische Führungsspitze selbst eine imperialistische Politik, eine Politik der Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker betreibt. Während er trotz mehrfacher Aufforderung zu der letzteren Frage kein Wort sagte, so waren zu den beiden anderen die üblichen Statements zu hören. Ostpakistan sei ja von Westpakistan ausgebeutet worden und hätte das Recht gehabt, für seine "Unabhängigkeit" zu kämpfen usw.. Abgesehen davon, daß nicht Ost- von Westpakistan ausgebeutet wird, sondern etwa hundert Familien beide Landesteile unter sich aufgeteilt haben (zu denen übrigens auch der bekannte Scheich gehört) und das Volk bis auf's Blut aussaugen, so ist das immer noch eine Frage, die das pakistanische Volk selbst angeht, ist eine innerstaatliche Angelegenheit, in die sich kein anderer Staat einzumischen das Recht hat. Diese Auffassung hat nichts mit der Unterstützung der Militärdiktatur in Pakistan zu tun, sondern geht eben von dem prinzipiellen Standpunkt aus, daß kein Staat die Souve-

ränität eines anderen antasten darf. Der Kampf beispielsweise gegen diese Militärdiktatur kann nur vom pakistanischen Volk selbst geführt werden und kann ihm nicht von außen aufoktroliert werden; die Unterstützung eines um seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Volkes ist eine ganz andere Frage.

In dieser Situation trat die imperialistische Politik der UdSSR deutlich zutage. Nicht nur, daß sie Indien ungeheure Mengen von Waffen lieferte mit denen dann die indische Regierung

die ostbengalischen "Freiheitskämpfer" massiv "unterstützte", stimmte sie in der UNO gegen den Antrag, daß sich alle an dem Konflikt beteiligten Parteien auf ihr eigenes Territorium zurückziehen sollten, was zu der damaligen Zeit klar hieß, daß Indien seine Truppen aus Ostpakistan hätte zurückziehen müssen.

Diese Problematik soll hier jedoch nicht weiter ausgeführt werden, da es noch um eine bestimmte Antwort geht, die der NSB-Spartakus den Studenten schuldig blieb:

Solidarität mit dem Kampf des indischen Volkes

In der vergangenen Woche ist es vor der Insel Iland, 40 km vor Land, zu Zusammenstößen zwischen einem indischen Wachboot und den beiden westdeutschen Trawlern "Arotus" und "Erlangen" gekommen; dabei ist ein deutscher Seemann verletzt worden.

Die gesamte westdeutsche Presse überschlägt sich in der Verurteilung des an-

gefallenen "Firstmattes" der Iländer. In Berichten, Beschlüssen und Interviews wird der Vorfall hochgespielt; Dabei wird allerdings vollkommen verschwiegen, daß vielfache widersprüchliche Vorwürfe in indischen Fangberichten ungeachtet geäußert sind, da das indische Volk völlig unbewußt ist.

In ganz Front stehen SPD, Vertreter

WAS STECKT HINTER DIESER DEMAGOGIE?

Sie behaupten in dreister Weise, daß die Schutzmaßnahmen der indischen Regierung in "internationalen Gewässern" liegen. Sie berufen sich dabei auf den Schiedsspruch des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, der die Ausbeutung der Fischbestände im Interesse der imperialistischen Großmächte gütlich abklären soll. Sie lamentieren, daß die Maßnahmen der Iländer die deutsche Fischereiwirtschaft und damit die Interessen der gesamten Bevölkerung gefährden. Dafür setzen sie ihren gesamten Propagandaapparat in Bewegung; sie haben z. B. in Bremerhaven ein "Aktionskomitee für die Freiheit der Fischerei und zur Erhaltung der Arbeitsplätze" gegründet - an dem sich auch der DGB beteiligt - um ihre Demagogie an den Mann zu bringen. Sie geben damit heraus, daß die Iländer 4000 Arbeitsplätze gefährden würden, daß die Fischpreise steigen würden und daß wir keinen Fisch mehr zu haben bekommen, wenn wir die Rechte Ilands anerkennen würden.

Tatsache ist: die Arbeitsplätze sind gefährdet! Aber nicht durch die Iländer, sondern durch die Fischereikapitalisten! Die deutsche Hochseefischerei wird heute von 4 Monopolen beherrscht: "Nordsee" (Unilever-Konzern), "Hannoversche" (Oetker-Konzern), "Nordwin" (Jacobs) und Pickenpeck/Hamburg. Diese vier haben in den letzten Jahren den "Markt bereinigt": Fangflotten verdrängt, Betriebe geschlossen, Stellen verdrängt. 10.000 Arbeiter und Angestellte haben allein bei Unilever dadurch ihren Arbeitsplatz verloren: was blieb, muß für zwei arbeiten. Im letzten Monat des Jahres der Fischereikapitalisten um "Arbeitsplatzschutz" mehr als rhyisch. Denn: die Fischerei gehört zu

der Fischereikapitalisten und Regierungen, um mit diesem Vorfall eine seit dem Sommer vorbereitete Hetze gegen die indischen Lebensunterstützer weiter zu entfachen. Um die Ausbeutung und Profitierung der indischen, sondern diese Handlanger der westdeutschen Fischereikapitalisten geführt haben "Schiffe" zu sein, die auch keine indischen Fischereifahrzeuge sind in deutschen Gewässern zu sein.

den gefährlichsten Berufen. Zwischen 1960 und 1966 starben beim Fischfang auf britischen Schiffen 223 Menschen, die sind 7 % der Besatzungen in 7 Jahren im Januar 1968 konnten drei Schiffe vor Iland. Die 38 Besatzungsmitglieder kamen dabei ums Leben. Durch die Verdrängung der Schiffe hatte sich ihr Schicksal verschlechtert. Es gibt aber schon lange Gerichte, die diesen Vorgang hätten rechtzeitig registrieren können, und Anlagen, die die Verdrängung überhaupt verhindern. Aber sie konnten eben Geld und schmeicheln dem Profit. Heute, nach fünf Jahren, hat sich an den Arbeitsbedingungen der Seemanns immer noch nicht viel geändert.

Tatsache ist: Die Monopole haben alles getan, um die Fangkapazitäten und Anordnungen zu verringern, das Angebot an Fischen klein zu halten, um die Fischpreise erhöhen zu können. Der Staat hat ihnen dabei durch Steu-

ervorteile und eine Abwrackprämie von 400 DM pro verschrottete BRT geholfen. Die Folgen für die Arbeiter und Angestellten: die Fischpreise sind noch schneller gestiegen als die Fleischpreise. Der Reingewinn von Unilever allerdings stieg noch schneller: um 38 % in einem Jahr.

Tatsache ist: die Versorgung mit Fisch würde keineswegs zusammenbrechen, wenn die Rechte Islands anerkannt würden. Denn die Isländer könnten sehr gut selbst den Fisch in Westdeutschland verkaufen - aber daran würden die Monopole natürlich nichts mehr verdienen!

Auch die westdeutsche Hochseefischerei könnte weiterhin vor Island fischen - allerdings unter isländischer Kontrolle! - und sich neue Fanggebiete östlich erschließen. Aber das ginge vielleicht auf Kosten der Profite!

Das einzige, was durch die Anerkennung der Rechte Islands gefährdet würde, ist der Profit der Fischereikapitalisten. Um das zu verschleiern, um weiter ungestört ihren Machenschaften nachgehen zu können, um ihre Profitgier hinter "nationalen Interessen" verstecken zu können, müssen sie davon faseln, daß es ihnen um die Arbeitsplätze, niedrige Preise oder sonst was gehe. Es geht ihnen aber einzig und allein um die profitable Ausbeutung der Fischereibestände, ohne Rücksicht auf die nationale Existenz eines Volkes. Um dieses Ziel zu erreichen,

ausgedehnt haben (Argentinien). Das Recht der Isländer dazu ist Recht auf nationale Existenz, auf die Erhaltung und den Schutz ihrer Lebensbedingungen.

Denn Island lebt vom Fisch: 80 % aller Exporte sind Fisch (zum Vergleich: BRD 0,2 %), das Leben der 200.000 Einwohner steht und fällt mit der Erhaltung der Fischbestände. Im Gegensatz zu Großbritannien und Westdeutschland wird in Island die Fischerei von Kleinbetrieben durchgeführt. Nachdem der Hering um Island durch die rücksichtslosen Fischzüge ausländischer Monopole so gut wie ausgestorben ist - der Heringsfang reduzierte sich von 1965 bis 1970 um 93 %! -, müssen die Isländer jetzt um die Kabeljau- und Schellfischbestände bangen. Nur eine umfassende wissenschaftliche Kontrolle und Fangbeschränkung kann die Ausrottung auch dieser Fischarten verhindern.

Die englischen und westdeutschen Fischereikapitalisten sind zu dieser Kontrolle nicht bereit. Sie handeln wie in der Umweltverschmutzung nach dem Motto: "Erst kommt der Profit, und nach uns die Sintflut". Die Ausdehnung der Hoheitsgewässer ist für das isländische Volk die einzige Möglichkeit, seine Existenz zu sichern und dem Raubbau entgegenzutreten!

Die Fischereikapitalisten berufen sich dagegen auf die "Freiheit der

auszubeuten. Auch die isländischen Öl- und Erdgasmonopole haben das Recht, das gleiche in dem ihnen zugesprochenen Teil des Meeres zu tun - mit dem feinen Unterschied, daß es keine isländischen Öl- und Erdgasmonopole gibt und kein Öl und Erdgas in diesem Gebiet zu finden ist. Das ist die internationale "Gerechtigkeit"! Aus diesen Gründen erkennt Island zu Recht die Zuständigkeit des "Internationalen Gerichtshofes" in Den Haag in der Hoheitsgewässerfrage nicht an.

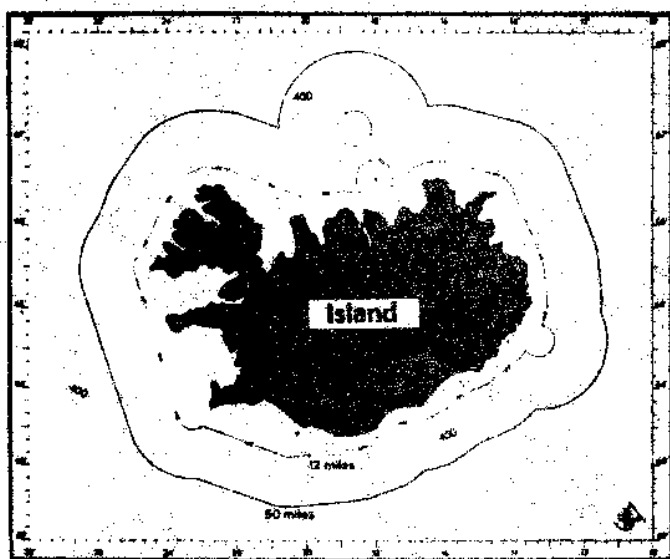
Übrigens hat auch die Sowjetunion gegen die Erweiterung der Hoheitsgewässer auf 50 nm protestiert. Die Sowjetunion, so führen die Sozialimperialisten in ihrer Protestnote aus, habe zwar "Verständnis" für die Bemühungen der Regierung um die Stabilisierung der Wirtschaft, könne aber aus "grundsätzlichen Erwägungen dieser Ausdehnung nicht zustimmen. Sie verstoße gegen das internationale Seerecht"!!!

Der Kampf des isländischen Volkes ist ein gerechter Kampf um ihre Lebensinteressen; er richtet sich gegen die gleichen Fischereikapitalisten, gegen die auch die westdeutsche und englische Arbeiterklasse im Kampf steht gegen Rationalisierungen und Stilllegungen, gegen die Steigerung der Arbeitsheute.

Die Kapitalisten richten alle Anstrengungen daher darauf, die westdeutsche Arbeiterklasse gegen das isländische Volk auszuspielen und durch Demagogie und Lügen die internationale Solidarität zu zerstören; sie steuern darauf zu, auch die Kollegen in den norddeutschen Häfen zu einem Boykott isländischer Schiffe zu bringen, um das isländische Volk erpressen zu können.

Die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften sind diesen Manövern bisher in keiner Weise entgegengetreten. Im Gegenteil! Ihre Politik beruht auf der Spaltung der internationalen Solidarität gerichtet. Im Sommer zwangen sie die westdeutschen Hafenarbeiter mit dem Hinweis auf die "Friedenspflicht", während des britischen Dockerstreiks Streikbrecherdienste zu leisten. Im Falle Islands ist aber die "Friedenspflicht" vergessen. Ganz im Sinne der Fischereikapitalisten haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in Bremerhaven einen dreieinhalbstündigen Warnstreik gegen einen isländischen Trawler angesetzt, um gegen die Maßnahmen der isländischen Regierung, die diese gegen ausländische Schiffe in ihrem Hoheitsbereich getroffen hat und bei der ein deutscher Matrose verletzt worden war, zu "protestieren".

Gegen diese traute Eintracht von Bundesregierung, Fischereikapitalisten und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern müssen wir die internationale Solidarität der Arbeiterklasse setzen! Treten wir dafür ein, daß ihre Hetze gegen das isländische Volk keinen Boden findet! Verweigern wir einen Boykott isländischer Schiffe!



scheuen sie keine Lüge und Demagogie, spielen sie skrupellos ihre ökonomische und militärische Macht aus, hetzen sie die Werktätigen aller Länder aufeinander und schrecken schließlich auch vor dem Völkermord nicht zurück, wie das Beispiel Vietnams zeigt.

50 NM - DAS RECHT DES ISLÄNDISCHEN VOLKES!

Im Herbst dieses Jahres hat die isländische Regierung die Ausdehnung des Hoheitsgebiets um die Insel von 12 auf 50 nm erklärt; sie ist damit dem Beispiel vieler Fischereiländer gefolgt, die Hoheitsgebiete z. T. bis auf 200 nm

Meere", die ihnen das Recht gebe, weiterhin innerhalb der 50 nm Zone zu fischen; diese Freiheit ist in den letzten 200 Jahren immer die Freiheit der Imperialisten gewesen, die Schätze der schwächeren Nationen skrupellos auszubeuten und ihren Fuß auf sie zu setzen. Sie betrachten es als ihr selbstverständliches Recht, die Welt unter sich aufzuteilen. So ist die gesamte Nordsee schon an die internationalen Ölkonzerne verteilt. So ist auch das Meeresgebiet zwischen England und Island aufgeteilt worden. Die "patriotischen" Ölmonopole haben das exklusive Recht, bis 200 nm vor der britischen Küste die Öl- und Erdgasvorkommen

v d s :

im Dienste der Kapitalisten ?

Vom 22. bis 27. März dieses Jahres fand in Bonn die 25. ordentliche Mitgliederversammlung des VDS statt auf der zu drei Vierteln MSB, SHB und Jusos vertreten waren, denen es daher auch keine Schwierigkeiten bereitete, ein Aktionsprogramm (veröffentlicht in einer Sondernummer der VDS-Press) zu verabschieden, daß die zum Teil unverhohlene Kollaboration dieser Gruppen mit der Bourgeoisie konsequent weiterführt. Die Politik dieses rechten Flügels der VDS-MV war durch ein großes Ziel bestimmt: Die Finanzierwürdigkeit des VDS in den Augen der SPD/FDP-Regierung zu erschleichen. Als Gegenleistung an die Bourgeoisie waren MSB und SHB bereit, den VDS vom ehemaligen Kampfinstrument der fortschrittlichen Studentenbewegung zu einem bürokratischen Apparat zu machen, der ihr objektiv als Abwiegler und Saboteur entgegentritt. Indem er bereit war, sich den Bedingungen der Bourgeoisie für die Wiederanerkennung der Förderwürdigkeit des VDS zu unterwerfen, trat der MSB/SHB-Block auf der MV als Agentur der Entwaffnung der Studentenbewegung durch die Bourgeoisie auf. Exemplarisch deutlich wurde diese Rolle der bürgerlichen Machthaber im VDS in ihrem Versuch, eine Statutenänderung durchzusetzen in der die Aufgabenbestimmung des VDS wörtlich aus den entsprechenden Paragraphen diverser Landeshochschulgesetze abgeschrieben war, die gerade die politische Disziplinierung des VDS, die Verstümmelung des politischen Mandats, zum Inhalt haben. Nicht nur, daß sich der rechte Flügel des VDS dem Bemühen der Herrschenden, den Studentenvertretungen das politische Mandat abzusprechen, in keiner Weise widersetzt, er tritt so aktiv und freiwillig den Weg der Selbstverstümmelung an.

Im Aktionsprogramm selbst, das, wie dort berichtet wird eine breite (??) Zustimmung erhielt, wird dann gerade an der von diesem Flügel erörterten Bündnisfrage dessen heuchlerische Politik offensichtlich. Wörtlich heißt es da: "Die erste Aufgabe der Studentenbewegung ist es, das Bündnis von Arbeitern und Studenten herzustellen. Ohne dieses Bündnis, isoliert von der arbeitenden Bevölkerung, werden die Studenten keine ihrer wesentlichen Forderungen durchsetzen können." Diese Forderung wird mit der Behauptung verknüpft, daß sowohl arbeitende Bevölkerung als auch Studenten ein gemeinsames Interesse an einer materiell abgesicherten und demokratischen Ausbildung hätten, und daß dieses gemeinsame Interesse an der Hochschule unvermittelt den Interessen des Großkapitals an einer ihren wirtschaftlichen und politischen Zielen untergeordneten wissenschaftlichen Ausbildung entgegenträte. Indem hier die besondere Rolle, verbunden mit ganz bestimmten Interessen, die Studenten in dieser Gesellschaft innehaben, völlig unter den Tisch gefegt wird, soll ermöglicht werden, die arbeitende Bevölkerung vor den Karren der studentischen Interessen zu spannen. Wenn MSB und SHB ausrufen: "Kämpfen wir für eine umfassende wissenschaftliche Ausbildung", so drücken sie damit doch kein Interesse der Arbeiterklasse aus, sondern ein rein studentisches Interesse. Das studentische Interesse an einer höheren Qualifikation aber deckt sich doch in seinem Resultat mit dem Interesse der Kapitalistenklasse an einer höheren Qualifikation der Arbeitskraft. Das ganze "demokratische" Studienreformkonzept, dessen Durchsetzung zu einer Hauptaufgabe des VDS gemacht werden soll, läßt sich auf die Vorstellung zusammenstreichen, man müsse für eine höhere Stirn und dickere Bücher kämpfen. Das jedoch als ein Interesse der Arbeiterklasse auszugeben, heißt nichts anderes, als gerade das Trennende zwischen Proletariat und Studenten zur gemeinsamen Aktionsgrundlage zu erklären.

Das ganze Gerede dieser Gruppen über das "Bündnis von Arbeitern und Studenten" und der "Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte" als bloße Phrase abzutun, wäre jedoch zu kurz gegriffen. Dieses Bündnis existiert, es existiert in der Form des Bündnisses von reformistischen Teilen der Arbeiterbewegung mit reformistischen Studentenführern. Folgerichtig fimiert im Rechenschaftsbericht des alten VDS-Vorstandes als "Bündnispolitik" ein Treffen zwischen DGB-Vorstandsvertretern mit dem VDS-Vorstand, folgerichtig können sich die Verantwortlichen einer solchen Bündnispolitik dieses immer nur als Bündnis von Dachorganisationen - DGB und VDS - vorstellen und nicht als Bündnis der kämpfenden Arbeiterklasse und der kämpfenden studierenden Jugend. Als weiterer Beleg dafür mag noch ein Zitat aus dem VDS-Aktionsprogramm dienen:

Von grosser Bedeutung sind die Erfahrungen, die die Studenten in ihren bisherigen Kämpfen gegen die Hochschulgesetze gemacht haben. So kämpften in der "Aktion Demokratische Hochschule" Hochschulangehörige zusammen mit den Gewerkschaften gegen das reaktionäre bayrische Hochschulgesetz.

Der VDS setzt sich dafür ein, in Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern der "Aktion Demokratische Hochschule", mit dem "Bund Demokratischer Wissenschaftler" und den Gewerkschaften ein gemeinsames Forum zu schaffen, auf dem die Länderhochschulgesetze und das HRG diskutiert, die bisherigen Erfahrungen ausgetauscht und ausgewertet und über ein gemeinsames Vorgehen beraten wird.

Unter diesem Licht beleuchtet, entpuppt sich auch die Forderung des MSB/SHB-Blocks "für demokratische Kontrolle der Hochschule durch alle Hochschulangehörigen und die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung" als leere Phrase. Beleuchtet nämlich unter dem Licht der Praxis ihrer Bündnispolitik und ihrem Leitsatz: "Für die eigenen Interessen kämpfen - mit der Arbeiterklasse verbündet!". Als

leere Phrase entpuppt sich diese Forderung schon insofern, als nämlich ihre praktische Durchsetzung nur zur Folge haben könnte, daß aus dem Selbstverständnis von MSB und SHB, die sich ja ohnehin schon als Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse verstehen, diese Kontrolle eben auch von ihnen selbst durchgeführt würde und dem Proletariat letztlich doch entzogen bliebe.



Das Auftreten von MSB, SHB, Jusos auf der 25. ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS und dessen Niederschlag im Aktionsprogramm setzt nur folgerichtig die bisherige Politik dieser Gruppen fort und ist ein erneuter deutlicher Beweis der Kollaboration dieser "sozialistischen" Gruppen mit der Bourgeoisie.

Weg mit den DEMONSTRATIONSVERBOTEN !

Auf der letzten SVV wurde von der großen Mehrheit der anwesenden Studenten eine Protestresolution gegen die Demonstrationsverbote anlässlich des 1. Mai verabschiedet (bei Stimmenthaltung des MSB-Spartakus). Die Resolution stellte heraus, daß zum ersten Mal in der BRD Demonstrationen verboten wurden, weil dort die historische Wahrheit, daß die Gewalt der Herrschenden nur durch die revolutionäre Gewalt der Volksmassen gebrochen werden kann, propagiert wurden. Zum ersten Mal wurde eine bestimmte politische Anschauung zum Verbotgrund erhoben. Diesem ungeheuerlichen Angriff auf die elementarsten demokratischen Grundrechte der Arbeiterklasse und des Volkes mußten alle demokratisch gesinnten Menschen entgegentreten. Die Resolution endete mit den Parolen: Weg mit dem Demonstrationsverbot! Für uneingeschränkte Meinungs- und Demonstrationsfreiheit der Arbeiterklasse und des Volkes!

Im Verlaufe der Diskussion über diese vorgelegte Protestresolution war es interessant anzusehen, wie unser ASTa seinen anfänglichen Protest gegen die Demonstrationsverbote am 1. Mai sowie die brutale Zerschlagung des spontanen Protestes dagegen durch die Polizei langsam zurücknahm (man erinnere sich an die ASTa-Information direkt nach der 1. Mai, die fast mit den gleichen Parolen endete wie diese Protestresolution).

Es wurde nur allzu deutlich, daß auch ein MSB-Spartakus Mitglied im ASTa sitzt. Er stimmte zwar verbal dem Tende der Resolution zu, daß sich dieser Angriff auf die uneingeschränkte Meinungs- und Demonstrationsfreiheit gegen die gesamte fortschrittliche und kommunistische Bewegung richte, und nicht etwa nur gegen die Gruppe "Rote Fahne Dortmund" (KPD), die aufgrund ihrer sektiererischen, von der konkreten Bewegung der Volksmassen isolierten Politik kaum einen ernstzunehmenden Gegner für die Herrschenden in der BRD darstellt. Daß die Rathausbesetzung, für die diese Gruppe verantwortlich zeichnete, nur ein Vorwand war, gegen die gesamte kommunistische und fortschrittliche Bewegung vorzugehen liegt genauso offenkundig auf der Hand, wie es schon vor einem Jahr bei der von über 10 Morden durch die Polizei begleiteten Jagt nach der sogenannten "Baader-Meinhof-Gruppe" der Fall war.

Trotzdem nahm der ASTa eine, vorhandene, wie sie jedoch meinten unzureichende, Abgrenzung von der Politik dieser Gruppe zum Anlaß, diese Resolution nicht zu unterstützen und ebenso nicht an der Arbeit des Komitees gegen die Demonstrationsverbote, daß sich nach den Ereignissen des 1. Mai gebildet hatte, teilzunehmen.

Es war nur allzu deutlich, wie der ASTa und selbst der MSB-Spartakus auf die richtige Linie zurückgepfiffen wurden. Hatte er doch nach den Ereignissen

am 1. Mai noch zackelt den "harten" Polizeieinsatz kritisiert, so wieselte seine Politik in den letzten Flugblättern in dem Spruch, bei den Demonstrationen handele es sich um "faschistische Provokateure", die ja selbst schuld seien an dem harten Einsatz der Polizei.

Der MSB entblödet sich nicht, Wohlverhalten gegenüber der herrschenden Klasse zu predigen, damit man dieser keinen Anlaß zum Eingreifen gäbe.

Es ist müßig, auf diese Argumentation näher einzugehen, da diese längst von der Geschichte widerlegt wurde und wird. Die herrschende Klasse wird jede gegen sie auftretende Opposition zum Anlaß nehmen, brutal dagegen vorzugehen. In einer solchen Situation von einer sich kommunistisch gebenden Organisation zu hören, die Opposition solle doch möglichst kuscheln, bedeutet sei sie selber schuld, wenn man gegen sie vorgehen würde, entlarvt die ganze Abwieserpolitik der MSB.

Beim Kampf gegen die Unterdrückung und den Meinungsterror des Staates wird auch mit dieser Stillehaltung und dem Versuch der Sabotage des Kampfes weiter gehen.

Dazu sei nur kurz gesagt, daß das Komitee gegen die Demonstrationsverbote in der Woche nach den Pfingstferien eine Großveranstaltung durchführen wird, auf der ausführlich über die Ergebnisse am 1./9. Mai hier in Dortmund berichtet wird. Ehren: Bitte den kommenden Flugblättern und Landpostungen entnehmen.

rote front

Verlag Vertrieb Buchhandel
R. Wagner



Lesen ist Lernen aber
die praktische Betätigung
ist auch ein Lernen,
und zwar eine noch
wichtigere
Art des Lernens

Mao Tse-tung
politischer
buchladen

Öffnungszeiten:

Mo - Fr : 16.00 - 18.00

Sa : 10.00 - 14.00

Untertanen!!!

Wie dem Fachschaftrat, der oft und gern dem gemeinen Volk ein offenes Ohr geliehen hat, zu demselben gekommen ist, leiden einige von euch unter konstanter Begriffsatzutzigkeit auf dem Gebiete der elektronischen Sprache. In all UNSERER Weisheit und Güte erbarmen WIR UNS in gnädiger Weise dieser Armen, indem WIR hier eine encyclopaedia unters Volk streuen.

hinweis: konstantes sammeln dieser seite erhöht die vollständigkeit des lexikons.

Erster Teil: A bis Z

ausbrennen	defekte Schaltung einschalten und warten, ob und an welcher Stelle es zu qualmen beginnt
beerdigen	erden
Bein	Drahtende an einem Bauelement
Bergwerk	Schaltung mit unnötigem tiefschürfendem Aufwand
Drahtverhau	unübersichtliche Verdrahtung
Faräder	Mehrzahl von Farad
garkochen	Gerät zum Totalausfall bringen
Oscar	Oszillograph
schlachten	Fehlerquelle an der falschen Stelle suchen
Springer	Entwicklungsingenieur, der Problemen ausweicht
Wahrsager	Rechenschieber

Die Busy Beaver Lebenshilfe

Für unsere Fußballfans:

Libero als tot.

Für unsere Christen:

Der Glaube versetzt Berge
von Menschen unter die Erde

Für alle anderen:

Incest is a game
the whole family can play
(Spielregeln beim Fachschaftratsrat erhältlich)



SPRECHSTUNDEN d. FR

Mo: 13.30 - 15.30
Di: 9.45 - 11.45
Mi: 13.15 - 15.15
Do: 11.30 - 13.30
Fr: 11.30 - 13.30

Für all die, die den Artikel im Innern der Zeitung nicht gelesen haben, sei noch mal gesagt:

Am 19. Juni um 17 Uhr 30 findet im großen Hörsaal eine FVV statt.

Alle, die sich für die Prüfungsordnung, die auf uns zukommt, interessieren - wir hoffen, das sind alle - sollten dort erscheinen.

IMPRESSUM:

THE BUSY BEAVER abhängig, subjektiv, parteilich
zeitung der fachschaft informatik an der universität dortmund
erscheinungsweise: ca 2-3mal pro semester
redaktion: fr-kollektiv
preis: 50 pfennig, jedoch erhalten arbeiter, schüler, studenten,
angestellte, arbeitslose und freischaffende künstler
80 % ermäßigung
auflage dieser ausgabe: 300
erscheinungsdatum: 18.6.73
für unaufgefordert eingesandte beiträge wird keine haftung übernommen